

**Hier ist die Antwort von
Stefanie Auer
(Die Grünen)
auf die
„8 Fragen für Passau“ von
den „Omas gegen Rechts“**



Unsere Gesellschaft wird gespalten durch Hass, Hetze und Desinformation. Auch in unserer Stadt zeigen sich zunehmend rechtsextreme rassistische Haltungen. Ein Blick in die Kommentarspalten der PNP und anderer sozialer Plattformen genügt als Beweis. Die Kommunen nehmen eine Schlüsselrolle für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Integration aller Bevölkerungsgruppen ein. Es ist also enorm wichtig, Integration vor Ort in den Kommunen bewusst zu gestalten.

1. Welche konkreten städtischen Maßnahmen planen Sie, um eine rasche und gelungene Integration von Geflüchteten und Migranten zu fördern?

Integration gelingt nicht von selbst. Sie braucht Struktur, Koordination und eine klare Haltung.

Ich möchte innerhalb der Stadtverwaltung Prozesse stärken, die Integration als Querschnittsaufgabe verstehen: von Bildung und Sprache über Wohnen bis zum Zugang zum Arbeitsmarkt.

Ziel ist, bestehende Angebote und Zuständigkeiten besser aufeinander abzustimmen, Synergien zu nutzen und vorhandene Ressourcen wirkungsvoll einzusetzen. **Es geht darum, Integration nicht dem Zufall oder Einzelengagement zu überlassen, sondern sie strategisch zu verankern.**

Besonders wichtig ist mir: **Integration funktioniert durch Begegnung.** Deshalb setze ich mich dafür ein, dass es Räume und Formate gibt, in denen Menschen in Passau, unabhängig von Herkunft oder Status, einander begegnen, voneinander lernen und gemeinsam diese Stadt gestalten können.

2. Werden Sie – nach dem Vorbild anderer Städte – einen städtischen Integrationsbeirat einrichten – oder bleibt Integration weiterhin Aufgabe kirchlicher Beratungsstellen und ehrenamtlicher Vereine?

Gute Integration gelingt nur gemeinsam. Deshalb unterstütze ich die Idee, **einen städtischen Beirat zu schaffen**, in dem alle zusammenkommen, die sich mit dem Thema beschäftigen: Menschen mit eigener Migrationsgeschichte, Ehrenamtliche, Beratungsstellen, Fachleute aus Bildung, Sozialarbeit und Verwaltung.

Mir ist wichtig, dass ein solcher Beirat nicht nur symbolisch existiert, sondern ernsthaft beteiligt wird mit der Möglichkeit, Impulse zu setzen und Gehör zu finden.

Integration darf nicht allein bei Vereinen oder kirchlichen Trägern liegen. Auch die Stadt muss hier Verantwortung übernehmen als Koordinatorin, Unterstützerin und Brückenbauerin.

3. Welche konkreten städtischen Maßnahmen planen Sie, um ein tolerantes und bereicherndes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und so ein friedliches buntes Passau zu fördern?

Ein vielfältiges, friedliches Zusammenleben ist kein Selbstläufer, es braucht Pflege, Räume und sichtbare Zeichen. Ich will Veranstaltungen wie den Christopher Street Day, die Internationalen Wochen gegen Rassismus und interkulturelle Begegnungsprojekte nicht nur symbolisch unterstützen, **sondern aktiv stärken – organisatorisch, soweit möglich finanziell und öffentlich.**

Im Stadtrat haben wir mit der Resolution „Für ein buntes und vielfältiges Passau“ einen wichtigen Impuls gesetzt, jetzt geht es darum, diesen auch in der städtischen Praxis zu verankern: **durch gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, kulturelle Teilhabe und Räume für einen offenen, alltagsnahen Austausch.**

Deutschlandweit gibt das Erstarken rechtsextremer politischer Parteien Anlass zu großer Besorgnis, insbesondere weil Vertreter der AfD zunehmend als legitime demokratische Stimmen akzeptiert und teilweise hofiert werden.

4. Steht die Brandmauer im Stadtrat Passau? Wie wird sie im konkreten politischen Alltag aussehen?

Ja – für mich ist die **Brandmauer zur extremen Rechten unverhandelbar**. Es wird mit mir als Oberbürgermeisterin keine Kooperation mit Parteien oder Personen geben, die rassistische, antisemitische oder demokratiefeindliche Positionen vertreten oder verharmlosen. Haltung zeigen bedeutet auch, sich im Alltag klar abzugrenzen, Populismus zu widersprechen und demokratische Grundwerte nicht taktisch aufzuweichen. Gerade als Oberbürgermeisterin will ich sichtbar machen: Passau steht für Demokratie und für die Würde jedes einzelnen Menschen.

5 Wie wollen Sie als Oberbürgermeister*in die diversen zivilgesellschaftlichen Kräfte nutzen, die sich auf der Basis des Grundgesetzes für Demokratie, demokratische Parteien und Toleranz in Ihrer Stadt einsetzen?

Zivilgesellschaft ist für mich das Rückgrat einer lebendigen Demokratie.

Ich will diese Kräfte nicht nur einladen, sondern **in Entscheidungsprozesse aktiv einbinden** durch strukturierte Beteiligungsformate, gezielte Unterstützung und öffentliche Sichtbarkeit. Initiativen, die sich für Erinnerungskultur, Aufklärung und Demokratiebildung engagieren, verdienen verlässliche Partnerschaft und echte Anerkennung. Ich sehe die Stadt nicht als neutrale Verwalterin, sondern als aktive Mitgestalterin eines demokratischen Gemeinwesens.

6. Wie wollen Sie sich als Oberbürgermeister*in bei öffentlichen Protesten positionieren, die sich gegen Faschismus und Politiker*innen mit einer Menschen verachtenden und demokratiefeindlichen Einstellung richten?

Ich werde mich dort zeigen, wo Menschen friedlich für Demokratie, Menschenwürde und Vielfalt eintreten: sichtbar und klar. Gerade in einer Zeit, in der menschenverachtende Haltungen wieder Raum gewinnen, braucht es **deutliche Gegenstimmen auch von gewählten Repräsentant*innen**. Dabei ist mir wichtig: Demokratieförderung braucht Klarheit in der Sache und Respekt im Umgang. Persönliche Angriffe, Ausgrenzung oder Einschüchterung – ganz gleich gegen wen gerichtet – helfen der Sache nicht, sondern schaden dem Zusammenhalt. Als Oberbürgermeisterin verstehe ich mein Amt nicht als neutralen Verwaltungsakt, sondern als Teil der politischen Verantwortung, unsere demokratische Kultur zu schützen. Und dazu gehört auch, Gesicht zu zeigen für eine offene Gesellschaft, in der Widerspruch möglich bleibt, ohne die Würde anderer zu verletzen.

Die OMA-Bewegung ist in erster Linie eine Bewegung von Frauen. Deshalb sind wir besonders interessiert an einer guten städtischen Infrastruktur für Frauen.

7. Welche Unterstützung wollen Sie als Oberbürgermeister*in Frauen bieten, damit diese auch in Extremsituationen (Alleinerziehend, Schichtdienst...) Beruf und Kinder optimal vereinen können?

Viele Familien stemmen jeden Tag große Verantwortung, weil beide Elternteile arbeiten müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Für Alleinerziehende oder Menschen im Schichtdienst ist das besonders herausfordernd und trotzdem für viele Alltag, nicht Ausnahme.

Die Aufgabe der Stadt ist es, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen: durch verlässliche, flexible und bezahlbare Kinderbetreuung, auch zu Randzeiten und in Notfällen.

Aber das allein reicht nicht. Gute Vereinbarkeit braucht funktionierenden ÖPNV, sicheren Wohnraum, tragfähige Strukturen. Nur dann wird Verantwortung wirklich teilbar im Alltag und in der Planung des eigenen Lebens.

Mir ist wichtig: Niemand soll sich rechtfertigen müssen, wie sie oder er Familie organisiert. Mein Ziel ist, dass Frauen – und natürlich auch Männer – selbst entscheiden können, ob und wie viel sie arbeiten wollen. Und dass diese Entscheidung nicht durch fehlende Strukturen, sondern durch echte Wahlfreiheit geprägt ist.

8. Werden Sie sich als Oberbürgermeister*in dafür einsetzen, dass Abtreibungen nach „sozialer Indikation“ am Klinikum Passau durchgeführt werden können?

Ja. Ich halte es für zentral, dass das Klinikum Passau seiner medizinischen und gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird und Schwangerschaftsabbrüche nach der gesetzlichen Beratungsregelung anbietet. Frauen, die in einer schwierigen Situation stehen, brauchen einen sicheren, geschützten Ort – ohne Stigmatisierung, ohne lange Wege, ohne zusätzliche Belastung. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Passau hier seinem Versorgungsauftrag nachkommt und damit zeigt, dass Selbstbestimmung, medizinische Versorgung und gesellschaftliche Verantwortung zusammengehören.